

Vorwärts und nicht vergessen – die Solidarität

• zur politischen Verteidigung und zu Erfahrungen im Knast

auf der Grundlage von Diskussionen, die wir gemeinsam mit Leuten aus der Prozeßgruppe geführt haben.

Fritz Storim

Ich möchte hier die Gelegenheit wahrnehmen und allen herzlich danken, die, in welcher Form auch immer, Anklage und Prozeß zurückgewiesen haben, die sich für meine Freilassung eingesetzt haben, die Zeichen von Solidarität und Sympathie in die Zelle gelangen ließen, sich mit mir auseinandergesetzt und mich materiell unterstützt haben.

Es ist selbstverständlich, daß die Solidarität sich hauptsächlich gegen den politischen Angriff richtete und weniger meiner Person galt. Die Rolle von politischen Prozessen ist ja auch immer, uns und andere zu verunsichern, einzuschüchtern, abzuschrecken und ein Gefühl von Ohnmacht und Resignation den Herrschaftsverhältnissen gegenüber zu verbreiten.

Da, wo ich das beurteilen kann, ist das nicht gelungen – das ist unser gemeinsamer Erfolg.

Die Anklage

Ende 1988 wurde ich beschuldigt, an der Dokumentation zweier Redebeiträge in der Zeitschrift SABOT Nr. 14 (März 87), die auf einer Veranstaltung zu den besetzten Häusern in der Hafestraße in der »Fabrik« gehalten wurden, beteiligt gewesen zu sein. Die SABOT war eine Zeitschrift, in der hauptsächlich autonome und antiimperialistische Gruppen über ihre Diskussionen und Praxis berichteten. Einerseits wollte sie Plattform gegenseitiger Information und gemeinsamer Auseinandersetzung sein, andererseits Außenstehenden Selbstverständnis und Ideen vermitteln. In diesen Redebeiträgen ging es u.a. um die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen und darum was diese Forderung mit dem Kampf um den Erhalt der Häuser in der Hafestraße zu tun hat.

Angeklagt wurde ich nach §129a, Unterstützung »der terroristischen Vereinigung RAF«.

Prozeßstrategie

Wenn *sie* – die politisch Herrschenden – einen Prozeß gegen uns führen, ist das immer ein Angriff gegen uns und auch ein Zeichen von eigener politischer Schwäche. Wenn *wir* – die Menschen aus dem Widerstand gegen die kapitalistische, patriarchale Herrschaft – vor Gericht erscheinen, dann nicht freiwillig sondern gezwungenermaßen und weil wir für uns in der Situation keine andere Möglichkeit sehen.

Dennoch war das für mich ein permanenter Widerspruch: Einerseits bedeutete es, das Gericht in irgendeiner Form zu akzeptieren – allein schon, daß ich an diesem Prozeß teilnahm – andererseits zu wissen, daß dieses Gericht keinerlei Legitimation besitzt, über

unser Handeln zu richten. Diese Situation hat auch mehr Kraft gekostet als ich zuerst selbst wahrhaben wollte.

Du unterwirfst dich *ihrem* Ritual, *sie* sprechen am Ende das Urteil und demonstrieren damit öffentlich, daß *sie ihr* Monopol auf Recht und Herrschaft – *ihren* Rechtsstaat – durchsetzen.

Sie wollen dich vor der Öffentlichkeit zum wehrlosen Opfer machen! Und es geht ja nicht nur um die Person, die vor Gericht steht, sondern um den demonstrativen Charakter solcher Prozesse, die Absicht zu verunsichern, einzuschüchtern, abzuschrecken, Ohnmacht und Resignation zu verbreiten. Das nicht zuzulassen, ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Uns ging es darum, aufzuzeigen, daß wir Ihnen nicht hilflos ausgeliefert sind, das Gefühl der Ohnmacht zu durchbrechen, den Charakter dieser Klassenjustiz öffentlich zu machen, IHRE Herrschaftsrituale zu stören; den Prozeßablauf soweit wie irgendmöglich in die eigene Hand zu bekommen; die Anklage, den Prozeß zum politischen Forum für unsere Sache zu machen – *ihren* Angriff durch einen eigenen Angriff zu beantworten.

Wieweit und wie ein solcher Anspruch zu erfüllen ist, hängt von verschiedenen Bedingungen ab. Deshalb gibt es sicher auch kein Patentrezept für eine Prozeßstrategie und für das Verhalten des/der Angeklagten.

Eine wichtige Bedingung für unser Verhalten war, daß die Anklage auf ein starkes öffentliches Interesse stieß und breiten Protest – weit über die linke Szene hinaus – hervorrief.

Aus diesen Vorstellungen und Erfahrungen entwickelten wir für die verschiedenen Prozeßstappen die Parolen: – Prozeß verhindern – Prozeß angreifen – Fritz bleibt draußen – Einstellung des Verfahrens.

Der Prozeß

Die Proteste richteten sich meist gegen die Einschränkung der Pressefreiheit und gegen den §129a. Solidarität mit den politischen Gefangenen und der Zusammenlegungsforderung wurde deutlich.

Die Diskussion um den »Ermächtigungsparagrafen« §129a erhielt durch die Mobilisierung gegen den Prozeß nicht nur in Hamburg einen neuen Schub.

Während der Prozeßtage herrschten polizeistaatliche Zustände innerhalb und außerhalb des Gerichtsgebäudes. Verhandelt wurde im Staatsschutzsaal mit Trennscheibe. Die Öffentlichkeit war an den meisten Verhandlungstagen ausgeschlossen. Offizielle ProzeßbeobachterInnen, wie z.B. von der GEW und verschiedenen StrafverteidigerInnenorganisationen wurden nicht zugelassen.

Die bürgerliche Presse versuchte mich als »Rädelsführer« für militanten Widerstand zu etikettieren. Das Gericht wollte sich hinter der scheinbaren Anonymität und Wertfreiheit von Rechtsstaatlichkeit speziell des §129a verstecken. Dies galt es zu entlarven, sowie die Legitimität unserer Forderungen nach Zusammenlegung auf die Straße zu bringen, für das Recht auf öffentliche Darstellung unserer Auseinandersetzungen und Vorstellungen zu kämpfen und den Charakter des §129a aufzuzeigen.

Besonders Menschen aus dem autonomen und antiimperialistischen politischen Spektrum wiesen Anklage und Prozeß offensiv zurück, z.B. durch Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen, Kirchenbesetzung, Begehung einer Bürgerschaftssitzung, ein Transparent in der Bahnhofshalle, Flugblätter, Wandparolen.

Das alles hat einen starken politischen Druck entwickelt, der aber dennoch nicht ausreichte, die Verurteilung zu verhindern.

Am 17.1.89 wurde ich zu einer Haftstrafe von einem Jahr ohne Bewährung verurteilt. Es wurde, obwohl das Urteil noch nicht rechtskräftig war, ein Haftbefehl gegen mich erlassen. Um noch einmal meinen Protest gegen das Verfahren und gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Öffentlichkeit am letzten Prozeßtag auszudrücken, war ich der Urteilsverkündung ferngeblieben; aber auch, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen. Am 31.5.89 wurde ich von einem Polizeikommando festgenommen. Da wir Revision gegen das Urteil eingelegt hatten und es somit noch nicht rechtskräftig war, wurde ich ins Untersuchungsgefängnis Holstenglacis gebracht und unterlag vom ersten Tag an, insgesamt 114 Tage, Isolation und verschiedenen Sonderhaftbedingungen.

Isolation

Isolation bedeutete 23 Stunden Einzelzelle, eine Stunde Einzelhofgang pro Tag. Keinen Kontakt mit anderen Gefangenen.

Die ein- und ausgehende Post wird vom Richter kontrolliert und zensiert, auch die der AnwältInnen. Briefe werden zwischen ein bis zwei oder drei Wochen verzögert. Zweimal im Monat 1/2 Stunde Privatbesuch. Sonderbesuche, nur auf Antrag, werden nur in besonderen Ausnahmefällen genehmigt. Besuche nur unter Aufsicht eines Beamten der politischen Polizei vom LKA und eines Sicherheitsbeamten des Knasts, meistens zusätzlich mit Trennscheibe. Die Besuche der AnwältInnen immer mit Trennscheibe. Zellenrazia zweimal in der Woche und andauernd Leibvisitationen.

So werden deine Möglichkeiten, mit anderen Menschen offen über deine Ängste, Schwierigkeiten, Fragen zu reden oder zu schreiben sehr eingeschränkt. Niemand da, an den du dich anlehnen, den du anfassen oder bei dem du dich fallenlassen kannst. Angst, daß *sie* es gegen dich wenden, wenn *sie* mitbekommen, wo du leidest – dich versuchen, gerade da fertizumachen.

Isolation bedeutet Abschneiden von Auseinandersetzung, von Kommunikation, von Wechselwirkung mit anderen Menschen, vom gemeinsamen Leben – zuerst und auch immer wieder ein Gefühl von Verlorensein; überflüssig, ruhiggestellt und aufbewahrt.

Das Alleinsein beunruhigt und tut weh, aber es läßt sich ertragen, wenn du die Kraft findest, dich selbst zu bestimmen und auch die Möglichkeit, dich den Angriffen zu widersetzen.

In Momenten, wo du schwach bist, wird Einsamkeit zur Qual; die Mauern scheinen dich zu erdrücken, die Luft wird knapp: Die Hände gebunden, gegen wen und wie kämpfen, in einer Zelle eingeschlossen, 23 Stunden am Tag. Deine Gedanken blockiert oder laufen alleine – Anstrengung aus der Schleife zu kommen, immer wieder neue Versuche, sich auf einen Punkt zu konzentrieren. Alle deine Sinne nach innen gerichtet, zum Wahrnehmen sonst nichts da, außer Monotonie. Du bist leer und erschöpft.

Wenn du ausflippst und tobst, gibt's die Spritze, die dich ruhigstellt, abschaltet. Entrüstung ist Ohnmacht, kostet Kraft – heißt, sich ein Stück ausliefern, Illusionen über den Gegner.

Es ist unbeding wichtig, sich die eigene Angst einzugestehen, um die eigenen Möglichkeiten zu erkennen. Aber Angst ist nichts, was es zu verteidigen gilt, nichts, was dich schützt, nichts, wohinter du dich verstecken kannst; sie kann nie Argument oder Rechtfertigung sein. Wege finden, die Angst zu überwinden, um kämpfen zu können, um dich nicht zum ohnmächtigen Opfer machen zu lassen! Die Bedingungen erkennen, dich taktisch und selbst bestimmen!

Schwierig, die eigenen Probleme, auch die ungelösten von draußen, in Relation zu setzen, du verlierst leicht den Maßstab.

Das, was dir Mut macht und Sicherheit gibt, sind die Zeichen von draußen: Die Briefe, die Besuche, die Kundgebungen vor dem Knast; daß du mitbekommst, daß sich Leute draußen mit deiner Situation befassen, sie zu verändern versuchen. Daß GenossInnen aus den anderen Knästen dir schreiben: Du bist nicht alleine, die Probleme sind ähnlich, es ist zu schaffen! – am besten gemeinsam.

Damit die GenossInnen meine Gedanken, mein Verhalten nachvollziehen, sich mir gegenüber verhalten konnten, mußte ich versuchen und lernen, mich in den Briefen und bei den Besuchen zu öffnen und mich auf sie einzulassen. Sich nachvollziehbar machen mit all deinen Schwierigkeiten ist nie Schwäche, sondern Wille zur Veränderung und Vertrauen in die Solidarität der anderen. Um zu einer gemeinsamen, authentischen Auseinandersetzung zu kommen, gehört auch das Bemühen um das Verständnis der Prozesse draußen.

In einer Situation, wo du so stark auf dich selbst angewiesen und permanenter Repression ausgesetzt bist hilft kein Fliehen vor dir selbst – wohin auch? – oder Verkriechen, kein Ausweichen, kein Verdrängen.

Wenn du dich in dem Knastsystem nicht verlieren, dich nicht aufgeben, dich nicht unterwerfen willst, mußt du dich und anderen gegenüber immer genauer, verbindlicher und radikaler verhalten; zu jeder Frage, zu jedem Schritt, dir und anderen gegenüber Position beziehen, Rechenschaft ablegen.

Dementieren, Distanzieren heißt sich auf den Gegner einlassen, mit ihm in Dialog treten, von ihm Verständnis und Rücksicht erwarten und das bedeutet, sich ihm ausliefern, dich von ihm abhängig machen. Deine Distanz zum Knastapparat stärkt dich als GegnerIn – kein freundliches Wort mit den SchließerInnen, keine Vertrautheiten, kein Deal, keine Kooperation.

Du machst viele Fehler und du mußt den Weg für dich selbst herausfinden, das kann dir niemand abnehmen, die eigenen fremdbestimmten Mythen und Ansprüche und auch die der anderen – manchmal vielleicht auch nur vermutet –, blockieren nur. All das, ein anstrengender und schwieriger Prozeß und sicher nie abgeschlossen. Aber er bedeutet ein Stück Befreiung, Selbstbestimmung. Zu erleben, daß das möglich ist – trotz der Knastmauern – hat mich mit Leben erfüllt und mir Kraft gegeben: Knast ist nicht das Ende, das Leben und der Kampf gehen weiter!

Neuer Haftbefehl

Am 10.8.89 wurde mir ein neuer Haftbefehl eröffnet. Mir wurde darin vorgeworfen, 1984 an einem Sprengstoffanschlag gegen einen Mast des AKW Brokdorf beteiligt gewesen zu sein. Dem Haftbefehl zugrunde lag eine Konstruktion aus vermeintlichen Indizien: Fachwissen als Physiker, politische Gesinnung, mein Engagement in der Anti-AKW-Bewegung und Aufzeichnungen über eine elektronische Schaltung, die *sie* bei einer Hausdurchsuchung gefunden hatten.

Hier ging es plötzlich nicht mehr um das Recht auf Pressefreiheit, sondern um die Legitimität, auch praktisch das Atomprogramm anzugreifen. Wir befürchteten, daß nach diesem Vorwurf uns Leute ihre Solidarität entziehen würden und schätzten ein, daß das gerade beabsichtigt war. Aber das trat nicht ein, zumindest ist uns darüber nichts bekannt.

Im Unterschied zum § 129a-Verfahren, bei dem Protest und Widerstand breiter gestreut war, kam die Solidarität im Strommastverfahren zuerst einmal stärker aus den Bezügen des Anti-AKW-Widerstandes. Seit dem Haftbefehl wegen des Strommastes fand wohl kaum ein Treffen von Anti-AKW-Gruppen statt, bei dem das neue Verfahren nicht thematisiert wurde. In

Solidaritäts-Resolutionen wurden Demos und praktische Schritte angekündigt. Allein in neun Städten wurden Veranstaltungen geplant und durchgeführt.

Ein Beispiel von vielen: Auf dem Gedelitz-Treffen am 8.10.89 im Kreis Lüchow-Dannenberg wurde im Rahmen der Aktionstage gegen die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) eine Resolution beschlossen. Darin heißt es u.a.:

»Trotz Skandalen wie der Transnuklear-Affäre und Katastrophen wie in Tschernobyl, die die Gefährlichkeit und Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie zeigen, wird das Atomprogramm aus wirtschaftlichen und politischen Gründen weiterbetrieben. Dies macht die Reorganisation der Atomwirtschaft auf westeuropäischer Ebene durch Staat und Kapital sichtbar und deutlich.

Auch in Zukunft wird die Anti-AKW-Bewegung deshalb zu der Aussage stehen, daß die Ausrichtung des Widerstandes auf Klagen, Massenproteste, Großdemos und Bauplatzbesetzungen allein nicht ausreichen wird, den Druck zu schaffen, das Atomprogramm zu verhindern. Seit langem hat die Anti-Atom-Bewegung den direkten Angriff auf atomare Infrastruktur und Betreiberfirmen als legitimen Bestandteil ihres Widerstandes begriffen und Teile der Bewegung ihren Widerstand gegen das Atomprogramm – in der Verbindung zu anderen Teilbereichskämpfen – als einen Teil des Kampfes gegen das System als ganzes verstanden.«

Dieser neue Haftbefehl hat mir ersteinmal den Boden unter den Füßen weggezogen, ich war wie betäubt. Neue Ungewißheit und ein Gefühl von zusätzlichem Ausgeliefertsein und Bedrohung erfaßten mich.

Alles woran ich gearbeitet habe, das Buch, das ich gerade las, habe ich erst einmal zur Seite gelegt, keine Briefe mehr geschrieben. Ich habe mich in mich verkrochen. Brauchte Ruhe und Zeit – oft Stunden um einen einzigen Gedanken festzuhalten –, um die neue Situation zu begreifen, mich auf sie einzustellen und wieder zu mir zu kommen.

Es ging jetzt nicht mehr um ein Jahr, einen absehbaren Zeitraum, eine Zeitphase, die es zu überstehen und zu überbrücken galt, die ich ausnutzen wollte, um zu studieren und über mich selbst nachzudenken. Es ging jetzt um Zeiträume von zehn Jahren. Damit war die Perspektive für mein weiteres Leben knast. Darauf mußte ich mich einlassen, damit mußte ich klar kommen.

Angst, die Beziehungen zu den FreundInnen und GenossInnen draußen zu verlieren – allein zu sein. Aber ich habe erfahren, daß Beziehungen auch über Briefe und die kurzen Besuche verbindlich und intensiv sein können – besonders auch wenn du dich frei machen kannst von Besitzansprüchen an die Menschen, die du liebst.

Diese neue Situation nicht zu akzeptieren hätte bedeutet, zu verzweifeln und mich ihnen auszuliefern. Dabei spielt es auch keine große Rolle, ob die Anklage juristisch haltbar ist oder nicht. Dich auf den politischen Angriff einzustellen und ihn zurückzuschlagen, Offensive zu entwickeln, gelingt nur, wenn du dich nicht an die juristischen Möglichkeiten, an Wünsche und Hoffnungen klammerst, wenn du den Klassencharakter der Justiz immer wieder und in der konkreten Situation begreifst, deine Schritte auch taktisch bestimmst.

Es half mir sehr, daß GenossInnen draußen sich um die neue Anklage kümmerten, mich in die Diskussion einbezogen, daß, besonders auch Menschen aus dem Anti-AKW-Widerstand, die Anklage als einen Angriff gegen sich selbst verstanden und daran gingen, sie offensiv zurückzuweisen.

Aber wir mußten auch erfahren, wie sehr eine gemeinsame Prozeßvorbereitung dadurch erschwert wird, daß der/die Angeklagte hinter Mauern sitzt.

Am 22.9.89 wurden meine Haftbedingungen nach Diskussionen in der Presse, nach diversen Anfragen in der Bürgerschaft durch die GAL und nachdem sie auf verschiedenen Veranstaltungen und Kundgebungen vor dem Knast angegriffen wurden, soweit geändert, daß ich mit anderen Gefangenen gemeinsamen Hofgang, Einkauf und Duschen hatte.

»Normalvollzug« Fuhlsbüttel

Am 19.10.89 wurde die Revision des 129a-Verfahrens verworfen. Damit wurde die Haftstrafe rechtskräftig und ich als »Strafgefangener mit Überhaft« am 30.10. nach Fuhlsbüttel in die Anstalt 8 verlegt. Dort kam ich in den Normalvollzug mit Sonderhaftbedingungen. Als §129a-Gefangener hatte ich weiterhin Anwaltsbesuche nur mit Trennscheibe, Privatbesuche wie vorher unter Aufsicht eines Beamten der »politischen Polizei« und eines Sicherheitsbeamten des Knastes. Die Postkontrolle und Besuchsgenehmigung lief jetzt wegen des Brokdorf-Ermittlungsverfahrens über eine Haftrichterin in Itzehoe.

Vor den Besuchen wurden sämtliche BesucherInnen nach wie vor von der »politischen Polizei« überprüft und mitunter abgelehnt. Von jedem Besuch wurden Gesprächsprotokolle angefertigt.

Außerhalb der Arbeitszeiten (einE Strafgefangener ist i.a. verpflichtet zu arbeiten, sonst wird sie/er mit Zwangsmaßnahmen bedroht) wurden die Zellen für einige Stunden aufgeschlossen. Ich konnte mich im Knastgebäude und zu bestimmten Zeiten auch im Hof bewegen und mit den anderen Gefangenen zusammensein. Das war eine große Erleichterung. Einige freundschaftliche Kontakte zu anderen Gefangenen entwickelten sich. Ich beteiligte mich an Diskussionen über Aufbau und Funktion einer Gefangenenvertretung, habe ausländischen Gefangenen bei ihrer Korrespondenz mit den Gerichten, Behörden und bei ihrem Protest gegen Ausweisung unterstützen können. Politisch aber war ich dennoch weitgehend allein.

Aus meinen Erfahrungen mit der Isolationshaft und mit dem »Normalvollzug« sah ich auch für mich in der Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen eine Perspektive. Du brauchst den unkontrollierten und offenen Austausch mit den GenossInnen, um einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, eine politische Kraft auch im Knast zu sein, und um dich an den Diskussionen draußen beteiligen zu können. Verstreut auf die verschiedenen Knäste, auch unter so. »Normalbedingungen« (die ja gerade entwickelt wurden, um die Gefangenen der herrschenden Norm anzupassen, sie gefügig zu machen), heißt weitgehend (politische) Isolation und Vereinzelung; zusätzlich verstärktes Ausgeliefertsein gegenüber Kontrolle und Repressionsmaßnahmen. (Es gibt genug Beispiele, daß da, wo sich zwischen politischen und anderen Gefangenen Beziehungen entwickelten, sie auseinandergerissen, oft auf verschiedene Knäste verteilt wurden.) Staatliches Kalkül ist es ja, die politischen GegnerInnen zu brechen und – falls dies nicht gelingt – wenigstens zu isolieren.

Kommunikation ist für uns Leben, gleichzeitig ist es aber auch immer Sabotage an diesem Herrschaftssystem. Deshalb wird die Zusammenlegung auch nur über politischen Druck durchzusetzen sein.

Entlassung

Am 1.12.89, plötzlich und unerwartet, wurde der Haftbefehl im Brokdorfverfahren aufgehoben. Bei unveränderter Beweislage traf die Staatsanwaltschaft im Laufe des Verfahrens folgende Entscheidungen:

- Im Juli 89 wurde wegen »dringendem Tatverdacht« Haftbefehl erlassen.
 - Ende November 89 wurde der Haftbefehl »mangels dringendem Tatverdacht« wieder aufgehoben, das Verfahren dennoch fortgeführt.
 - Am 28.12.89 wurde das Verfahren »mangels hinreichendem Tatverdacht« eingestellt.
- Dies war keine juristische sondern eine politische Entscheidung. Offensichtlich erschien es der SPD-Regierung in Schleswig-Holstein, die sich den Anschein gibt, aus dem Atomprogramm aussteigen zu wollen, u.a. nicht opportun, das Risiko eines von einer breiten Öffentlichkeit abgelehnten Prozesses gegen die Anti-AKW-Bewegung einzugehen und dadurch auch den lebensfeindlichen Charakter der Atomtechnologie wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Gerade auch in einer Situation, wo die Atommafia sich auf westeuropäischer Ebene neu zu formieren sucht, die PKA im Wendland gebaut werden soll, Stade, Brokdorf, Brunsbüttel... (20 Atomkraftwerke in der BRD) immer noch nicht abgeschaltet sind, Atomanlagen verstärkt in den Trikont, an osteuropäische Länder und an die ehemalige DDR exportiert werden sollen.

Die Aufhebung des Haftbefehls war eine juristische Bedingung für meine vorzeitige Entlassung am 8.12., nachdem ich die Hälfte der einjährigen Haftstrafe abgesessen hatte. Die Reststrafe wurde auf die Dauer von vier Jahren zur Bewährung ausgesetzt.

Wir haben uns natürlich gefragt, warum das Zurückweichen, in der Brokdorf-Anklage und auch in der §129a-Haftstrafe – die Anwälte redeten von der Revision des Urteils. Es gibt sicherlich nicht den einen Grund, der alles erklärt. Es sind verschiedene Faktoren zusammengekommen, neben den schon oben genannten.

Auf jeden Fall läßt sich das nicht unabhängig von der Vorgeschichte betrachten, der Geschichte des Anti-AKW-Widerstands, der offensiven Prozeßmobilisierung zum §129a-Verfahren und der breiten Solidarität, die Kritik am §129a-Urteil selbst in der demokratischen Öffentlichkeit; hinzukommt die fortwährende Problematisierung der Isolationshaftbedingungen bis hin zu wiederholten parlamentarischen Anfragen der GAL-Fraktion in der Bürgerschaft.

Draußen

Als ich rauskam, fühlte ich mich zuerst einmal sehr erleichtert, konnte mich dennoch nicht bedingungslos freuen. Ich war zwar draußen, aber die vielen anderen gefangenen GenossInnen und auch andere, die ich im Knast schätzen gelernt habe, blieben zurück.

Ich denke, das lag auch daran, daß Knast bei uns im Alltag und auch in unseren politischen Kämpfen i.A. eine nur sehr untergeordnete Rolle spielt. Wird jemand von uns eingesperrt, wird das oft als Schicksalsschlag betrachtet und er oder sie als Opfer bedauert und fällt aus der Kontinuität unserer Beziehungen heraus. Was übrigbleibt ist dann meistens Unterstützung, Hilfe. Aber die Gefangenen brauchen nicht unser Mitleid, sondern unsere Anwesenheit, auch in der finstersten Einzelzelle. Die Gefangenen in unser Leben integrieren, heißt, den Mauern, dem Knast- und Justizapparat ihren Schrecken zu nehmen und letztendlich unwirksam zu machen. Daß dies gelingt, hängt natürlich nicht nur von unserem guten Willen ab, sondern das werden wir erkämpfen müssen.

Ziehe ich Bilanz, so kann ich sagen, für mich war die Zeit im Knast in erster Linie eine »mörderische« Auseinandersetzung mit mir selbst, und es war ein Stück Befreiung von Fremdbestimmung und Opportunismus hin zu mir selbst – und das hätte ich nicht geschafft ohne die GenossInnen – da kommen *sie* so leicht nicht ran und das richtet sich gegen alles, was *sie* sind.

Hamburg, Untersuchungsanstalt, Herbst 1989

Ihre Herrschaft heißt:

*Menschen und Lebensprozesse zerlegen, vereinzeln, isolieren,
vereinsamen, vom Leben entfremden.*

*Wieder zusammenfügen und vernetzen:
kontrolliert, gesteuert, überwacht.*

Nach IHREN Gesetzen.

*Optimiert im Sinne von Leistungsfähigkeit und geringer Störanfälligkeit,
zugunsten IHRES Profits, zugunsten IHRER Macht.*

IHR Knast ist:

*Konditionierung, Dressur für IHR Leben,
und falls nicht erfolgreich Rache, Liquidation
und immer auch Abschreckung.*

*Nach Vorschrift und Gebrauchsanweisung leben:
jede Bewegung vorgegeben, Stunde um Stunde, Tag für Tag;
in einem Zustand permanenter Monotonie und Kontrolle.*

*Es gibt keine Privatsphäre, nicht einmal eine Intimsphäre die gewahrt wird.
Die/der Gefangene wird zum gläsernen Menschen,
politisch und sozial isoliert,
entmündigt, in seiner / in ihrer Identität gebrochen.*

*Ein Mensch, wie SIE ihn für IHRE Gesellschaft brauchen.
Das ist IHR Ziel, das wollen SIE erreichen.*

Unser Leben (drinnen und draußen) bedeutet:
*Nicht an den Bedingungen, die SIE setzen zerbrechen;
dich nicht arrangieren,
dich nicht zum Opfer machen lassen.*

*IHRE Bedingungen wahrnehmen, analysieren,
zu deinen Kampfbedingungen machen.*

*Du kannst besiegt werden,
aber es ist keine Niederlage, wenn du weiterkämpfst.*

*Die Freiheit hat viele Gesichter:
sie ist auch die, die du dir nimmst, wenn du die eigenen Mauern einreißt;
dich öffnest für die anderen Menschen,
die Hand ausstreckst,
die Hand ergreifst, die dir gereicht wird.*

*Es gibt einen Kampf, den kann dir niemand abnehmen,
den kann keiner für den anderen besorgen,
den Kampf um deine Selbstbestimmtheit,
den Kampf um dich selbst.*

*Aber es gibt kein endgültiges Ziel, kein Ankommen,
keine endgültige Niederlage,
keinen endgültigen Sieg;
das Ziel liegt im Geben.*